



Südwind Positionspapier Nr. 2

**FÜR EINE SOZIAL UND
ÖKOLOGISCH NACHHALTIGE
GEMEINSAME FISCHEREIPOLITIK
UND FISCHEREIABKOMMEN
MIT DER EU**

Verein Südwind Entwicklungspolitik

Wien, November 2012

Einleitung

Im Herbst 2012 recherchierten Südwind-MitarbeiterInnen an der Küste Ghanas zu den Auswirkungen der Überfischung. Der Beutezug der (EU)-Riesentrawler, die vor der Küste die Gewässer mit ihrem industriellen Fischfang leer fischen, entzieht den lokalen Fischern und ihren Familien die Lebensgrundlage. Fisch ist eine der wertvollsten Nahrungsressourcen der Welt, insbesondere in Zeiten der globalen Ernährungskrise kommt Fisch eine große Bedeutung zu (Stichwort: Menschenrecht auf angemessene Ernährung). In Ghana leben 10% der Bevölkerung vom Fisch. Mittlerweile muss eine traditionelle Fischfangnation wie Ghana Fisch importieren! Durch die teilweise Verarbeitung von Fisch auf den Hochseeschiffen entgeht den afrikanischen Ländern auch die lokale Wertschöpfung und sie haben kaum eine Chance, eine eigene Industrie aufzubauen. Der Rückgang der Erträge des Fischfangs trifft die Menschen also sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf gesundheitlicher Ebene.

I) Fischerei ist ein Beispiel für politische Inkohärenz

Laut dem FAO-Bericht 2012 zum Zustand der Weltmeere sind **30% der Fischbestände vollkommen überfischt** und 57% stehen knapp davor. **Fischgründe in Entwicklungsländern** – insbesondere die vor den westafrikanischen Küsten – sind weltweit die am stärksten überfischten. Gerade dort hat der Fischfang eine existentielle Rolle: als Exportgut, als Einkommensquelle für die direkt und indirekt vom Fischfang lebenden Menschen und als Hauptproteinquelle.

Laut FAO stammen rund 20-30% der Fische aus **illegalem, nicht gemeldetem und unreguliertem Fang** (IUU). Auch wenn die EU ist nicht der einzige Akteur auf den Weltmeeren ist, wird der Großteil der illegalen Fänge in der EU verkauft. Es braucht Unterstützung für ein verbessertes Küsten-Monitoring, Kontrolle und Überwachung. Die Afrikanische Union arbeitet derzeit an ihrer Meeres-Strategie, da sie durch illegale Fischerei jährlich Milliarden Euros verliert.

Als weltgrößter Importmarkt für Fisch und Fischprodukte trägt die EU eine besondere Verantwortung für die globale Fischerei. Die Gemeinsame Fischereipolitik in ihrer externen Dimension muss dazu beitragen, Hunger und Armut in den Entwicklungsländern zu mindern. Die EU muss eine aktive Rolle als Fürsprecherin einer weltweit nachhaltigen Fischerei einnehmen.

Gerade weil die EU mehr als die Hälfte des in der EU konsumierten Fisches nicht aus eigenen Gewässern fischt, hat sie eine besondere Verantwortung. In der Gemeinsamen EU-Fischereipolitik hat aus entwicklungspolitischer Sicht das Kapitel „**Externe Dimension**“ eine außerordentlich wichtige Rolle. Es geht nicht nur um die Zukunft der europäischen Meere, sondern auch um das Ausweichen seit Jahrzehnten auf reiche Fischgründe außerhalb der EU-Gewässer, wie zB vor die Küste Westafrikas. Bereits 2009 hat die EU in ihrem Grünbuch festgestellt, dass „weiter so“ keine Option sein kann, da es die Fischerpolitik nicht geschafft hat, in den Entwicklungsländern zur Beseitigung von Hunger und Armut beizutragen.

Die EU hat sich zur **Politikkohärenz** bekannt: Artikel 208 im Lissabon-Vertrag: „Hauptziel der Unions-politik (...) ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut. Bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, trägt die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung“. Die EU-Kommission arbeitete zum Erreichen von mehr Kohärenz in ihren Außenbeziehungen mit den Entwicklungsländern einen Katalog von 12 konkreten Maßnahmen aus, mit deren Hilfe sich Handels- und Umweltpolitik besser mit den Zielen der Entwicklungspolitik vereinbaren lassen (PCD), darunter fällt auch die Fischereipolitik.

Fischerei ist ein Beispiel politischer **Inkohärenz**. Das betrifft die Gemeinsame Fischereipolitik und Fischereiabkommen mit Entwicklungsländern. Kohärenz ist außerordentlich wichtig für die Erreichung der UN-Millenniumsentwicklungsziele und Armutsbekämpfung. Auf der einen Seite ist die EU der größte „Geber“ von Entwicklungsgeldern. Doch auf der anderen Seite wird durch die nicht kohärente Fischereipolitik diesen Zielen entgegengewirkt und hat schädigende Konsequenzen: Gefährdung der lokalen Arbeitsplätze und der Ernährungssicherheit, sowie die Verringerung des Außenhandels. Kohärenz auf die Fischereipolitik umgelegt, bedeutet auch, die Interessen der Menschen vor Ort mehr zu berücksichtigen und ihre Interessen nicht jenen der EU-Fischereikonzerne unterzuordnen.

Österreich als EU-Binnenland verfolgt keine Eigeninteressen und ist daher prädestiniert dafür, sich innerhalb der EU-Verhandlungen für eine nachhaltige Fischereipolitik einzusetzen. Österreich kann sich – im Sinne der Kohärenz – für die Interessen der lokalen Fischer einsetzen (zB Förderung nachhaltiger Fischerei, den kleinen Küstenfishern eine Zukunft geben), und verhindern, dass bei den neuen Richtlinien die wirtschaftlichen Interessen der Fischerei-Lobbys Oberwasser gewinnen.

Wir fordern die politischen Entscheidungsträger/innen in Europa daher auf, sich für einen Kurswechsel der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Fischereiabkommen der EU mit Drittländern einzusetzen und folgende SÜDWIND-Forderungen zu unterstützen.

II. Unsere Position:

- Umfangreiche Reform der EU-Fischereipolitik in eine sozial und ökologisch nachhaltige Fischereipolitik und Beendigung der Überfischung, nicht nur in EU-Gewässern sondern weltweit.

- Umsetzung der entwicklungspolitischen Kohärenz! Verankerung der Kohärenz in der GFP der EU (Externe Dimension) und in den Fischereiabkommen. Die EU bekennt sich zur Kohärenz, daher darf die Politik nicht vorgeben, weltweit Armut zu bekämpfen und gleichzeitig durch ihre Fischereipolitik den Menschen in Entwicklungsländern ihre Lebensgrundlage entziehen.
- Menschenrecht auf Nahrung: Alle Entscheidungen im internationalen Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik müssen die Wahrung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung berücksichtigen.
- Transparenz, Mitwirkung und Konsultationsprozesse zu den Inhalten der Fischereiabkommen zwischen einem Entwicklungsland und der EU mit der lokalen, betroffenen Bevölkerung. Auf allen Ebenen von Verhandlungen und Umsetzung sind die betroffenen AkteurInnen in den Entwicklungsländern zu beteiligen.
- Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU) sowohl einheimischer als auch ausländischer Schiffe, in Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern

Abbau von EU-Fangkapazitäten, da Flottenüberkapazitäten zu weiterer Überfischung führen: Stilllegung von nicht nachhaltigen Flottensegmenten, angefangen bei den größten und umweltschädlichsten Schiffen – einschließlich der Fabrikschiffe in Gewässern von Entwicklungsländern.

- Keine weiteren EU-Subventionen für die Modernisierung oder Neubauten von zerstörerischen und nicht nachhaltigen Fangflotten. (Leider haben die EU-Fischereiminister im Oktober entschieden, die Modernisierung der EU-Fangflotte weiterhin zu subventionieren).
- Aufwendungen für die Fischereiverträge sollen die europäischen Lizenznehmer selber zahlen. Stattdessen sollen die öffentlichen Mittel zukünftig für finanzielle Unterstützung der Entwicklung nachhaltiger, lokaler Industrien und Märkte sowie für den Aufbau eines nationalen Fischereimanagements mit Kontrollinstanzen in den Entwicklungsländern verwendet werden.
- Fangquoten müssen sich generell an Empfehlungen aus der Wissenschaft halten. Verhandlungsgrundlage bei Fischereiabkommen mit Drittländern kann nur ein wissenschaftlich belegter Bestandsüberschuss („surplus“) sein.

- Hilfszahlungen als Kompensationen für den Ressourcenzugang zu Fischen an die Entwicklungsländer und Entwicklungsaspekte müssen entkoppelt werden.
- Finanzielle Mittel und Unterstützung der EU für eine effiziente Überwachung, die die Einhaltung von Fischereiregelungen gewährleistet - sowohl in eigenen Gewässern als auch vor den Küsten der Entwicklungsländer.

Verwendete Quellen

Environmental Justice Foundation: Pirate Fishing Exposed. The Fight against Illegal Fishing in West Africa and the EU

Europäisches Parlament: Bericht vom April 2008 über Politikkohärenz

Europäisches Parlament: Widersprüchliche EU-Politik vom Mai 2010, www.europarl.europa.eu

Europäischer Rat: Council of the European Union: Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the Common Fisheries Policy, Outcome of Proceedings, vom Juni 2012

Europäische Union: Homepage zu Maritime Angelegenheiten und Fischerei, http://europa.eu/pol/fish/index_de.htm

Fair Oceans: Forderungskatalog vom Oktober 2011: "Vom Raubbau zum Wiederaufbau", www.fair-oceans.info

Nord-Süd-Dialog, www.nordsued-dialog.org (zur Politikkohärenz)

OECD-FAO Agricultural Outlook 2012-2021, Kapitel 8 Fische und Meeresfrüchte, vom Juli 2012

Südwind Handeln für Eine Welt: "Leergefischt. Raubzug vor Westafrika", November 2012

Südwind Magazin Nr. 11/2012